

## Mali

Länderinformationen zu den Europäischen  
Kriterien für Waffenexporte



# INHALT

---

<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>2</b>
------------------------	----------

---

<b>Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor</b>	<b>6</b>
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	11
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	17
Polizei und andere Sicherheitskräfte	18

---

<b>Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts</b>	<b>20</b>
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	20
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	21
Innere Lage im Empfängerland	25
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	30
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	30
Unerlaubte Wiederausfuhr	33
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

## ZUSAMMENFASSUNG

---

### Sicherheitssektor in Mali

Nach dem Ende des Militärregimes im Jahre 1991 wurde das malische Verteidigungsbudget erheblich verringert. In der Folge sank die Gesamtzahl an einsatzfähigen Großwaffensystemen. Eine Modernisierung der bestehenden Arsenale, die überwiegend noch aus der ehemaligen Sowjetunion stammen, hat in den vergangenen Jahren kaum stattgefunden. Modernere Waffensysteme wie der Z-9 Mehrzweckhubschrauber aus China oder die bulgarischen Transporthubschrauber vom Typ AS350 bilden eher die Ausnahme. Neben geringen finanziellen Ressourcen ist der limitierte Import militärischer Großwaffensysteme auch auf einen Mangel an qualifiziertem Personal zurückzuführen.

Seit der Militärintervention Frankreichs in Folge des gewaltsamen Aufstandes von Tuareg und radikalen Islamist:innen 2013 sind die Verteidigungsausgaben Malis allerdings wieder stark gestiegen. So wurde beispielsweise damit begonnen, die Kapazitäten der nationalen Luftwaffe, u. a. durch den Erwerb von Kampf- und Transportflugzeugen, auszubauen. Wichtigster Lieferstaat von Waffen für Mali war in den letzten Jahren Russland, gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Brasilien und Spanien. Auch Deutschland lieferte im Rahmen der MINUSMA-Friedensmission der Vereinten Nationen seit 2013 Rüstungsgüter nach Mali – darunter Schutzwesten, LKWs, Minenräumgeräte, einen Multifunktionsradar sowie Gewehre, Maschinenpistolen und Munition. Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) erhielt Mali in der Vergangenheit überwiegend aus China, Russland und europäischen Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien. Deren kaum kontrollierte Proliferation – eine der Ursachen der Gewalteskalation 2012 – stellt auch heute noch ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. So versorgen sich terroristische Netzwerke und Tuareg-Söldner:innen im Norden und im Zentrum des Landes mit SALW, häufig auch aus eroberten Waffenarsenalen des malischen Militärs. Vielfach gelangen SALW über Nachbarstaaten in das Land. Eine eigene Rüstungsindustrie existiert nicht. Lediglich für die Produktion von Munition gibt es eine Fabrik. Der malische Staat ist fast ausnahmslos auf den Import von Rüstungsgütern angewiesen.

Besaß Mali bis zum Ende der Militärdiktatur in den frühen 1990er Jahren noch eine der personalstärksten Armeen Westafrikas, umfasst das Militär derzeit lediglich 13.000 aktive Soldat:innen. Mithilfe der UN-Friedensmission MINUSMA, der europäischen EUTM Mali und der französischen Operation Barkhane versuchen diverse internationale Kräfte derzeit, den malischen Staat zu stabilisieren. Als eines der ärmsten Länder der Welt hat Mali im internationalen Vergleich einen verhältnismäßig niedrigen Militarisierungsgrad. Speziell die geringe operative Mobilität des Militärs, bei gleichzeitig anspruchsvollen topographischen Gegebenheiten und einer schlechten Infrastruktur, erschweren den Kampf gegen militante Rebell:innengruppen und Dschihadist:innen in der Sahel-Region. Die Ausstattung mit modernen Rüstungsgütern und die Professionalisierung des Personals durch internationale Ausbildungsmissionen sollen diese Defizite im militärischen Sektor überwinden.

Die Beziehung zwischen Militär und Gesellschaft ist schwierig und geprägt von der jahrzehntelangen Militärdiktatur unter Moussa Traoré und mehreren militärischen

Putschversuchen bzw. geglückten Putschen zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen (wie etwa im August 2020 und im Mai 2021). Aufgrund der hohen Korruption, [Menschenrechtsverletzungen durch die malische Armee im Rahmen von Antiterroroperationen](#), der Beteiligung am Schmuggel sowie grenzüberschreitendem Handel mit Drogen, Menschen und Waffen und der Versäumnis des malischen Sicherheitsapparats, die Bevölkerung adäquat zu schützen, ist das Vertrauen der Zivilbevölkerung in das Militär gering. Dies korreliert mit dem geringen Rückhalt der Zentralregierung innerhalb der Bevölkerung, insbesondere im Norden des Landes. Aufgrund der Ohnmacht der Streitkräfte bei der Gewalteskalation im Januar 2012 gründete sich im Norden Malis eine Vielzahl an einheimischen Selbstverteidigungsmilizen, welche die Bevölkerung vor Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch radikale Islamist:innen schützen wollen. Im Zuge der Ausbreitung islamistischer Gruppen in der Region um Mopti (seit 2015) formierten sich bewaffnete Selbstverteidigungsgruppen ebenfalls im Zentrum des Landes. Dies führte zu einer weiteren Zunahme bereits bestehender Spannungen und gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen den dortigen ethnischen Bevölkerungsgruppen. Auch innergemeinschaftliche Konflikte haben in den letzten Jahren zugenommen.

Neben der Armee besteht der malische Sicherheitsapparat aus drei Einheiten: Der *Police Nationale*, *Gendarmerie* und *Garde nationale*, die alle dem Ministerium für innere Sicherheit und Zivilschutz unterstehen. Mali weist weltweit die geringste Anzahl an Polizeikräften im Verhältnis zur Bevölkerungsdichte auf. Die bisherige Dysfunktionalität des Polizeisektors soll ebenfalls durch internationale Trainings- und Ausbildungsmissionen, bspw. der EUCAP Sahel Mali, überwunden werden.

### Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Das westafrikanische Land ist einigen wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen nicht beigetreten, darunter dem Chemiewaffen-Protokoll von 1928 und der Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978. Rüstungskontrolle, vor allem von Klein- und Leichtwaffen ist für die malische Regierung jedoch ein wichtiges Thema, da diese als eine der zentralen Voraussetzungen zur Gewährleistung einer langfristigen innerstaatlichen Stabilität angesehen wird. Bereits im Dezember 2013 ratifizierte Mali den Arms Trade Treaty (ATT).

Mali, dessen Verfassung die Menschenrechte formal garantiert ist allen Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen beigetreten. Verfassungsreformen sind im Zuge des Algiers Friedensabkommens (2015) und aufgrund der politischen und sozialen Umwälzungen und nationalen Krisen immer wieder aufgeschoben worden. 2023 wurde jedoch eine neue Verfassung – unter anderem in Vorbereitung der geplanten Wahlen – verabschiedet, die die Macht des Militärs und des Präsidenten stärkt.

Allerdings hat sich in Folge gewalttätiger Übergriffe und Anschläge durch terroristische Organisationen sowie durch die Eskalation ethnischer, interkommunaler Gewaltkonflikte vor allem im Zentrum des Landes die Menschenrechtssituation in den letzten Jahren insgesamt drastisch verschlechtert. Die Gewalt richtet sich oftmals direkt gegen Zivilist:innen, hierzu zählen unter anderem auch Angriffe auf zivile Infrastruktur und die gezielte Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung in den von Gewalt betroffenen Gebieten. Die Vereinten Nationen und andere Menschenrechtsorganisationen berich-

ten außerdem von willkürlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen, willkürlichen Festnahmen und Inhaftierung, Todesdrohungen, Einschüchterung und Zwangsrekrutierung. Die malische Regierung macht [kaum Fortschritte bei der strafrechtlichen Verfolgung](#) derjenigen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und –verbrechen der letzten Jahre verantwortlich sind. Auch Verstöße, die den malischen Verteidigungs- und Sicherheitskräften zugeschrieben werden, blieben in der kürzeren Vergangenheit vielfach ungeahndet. Dies ist zum Teil darin begründet, dass das Justizsystem aufgrund der äußerst prekären Sicherheitssituation in einigen Regionen in Nord- und Zentralmali kaum funktionsfähig ist.

Auch die Situation von Homosexuellen, Frauen und Mädchen in Mali ist als äußerst besorgniserregend einzustufen. Laut dem [Gender Inequality Index](#) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (2020) liegt Mali auf Platz 184 von insgesamt 189 Ländern. Die verschlechterte Sicherheitslage in weiten Teilen des Landes führt dazu, dass die Rechte von Mädchen und Frauen vielfach untergraben werden. In ‚gesetzlosen‘ Gebieten, in denen der Staat kaum oder gar nicht präsent ist, sind sie einem hohen Risiko sexueller Gewalt ausgesetzt. Die Tradition der weiblichen Genitalverstümmelung und Sklaverei sind in Teilen Malis weiterhin verbreitet. Die Pressenfreiheit ist eingeschränkt und Angriffe auf Journalist:innen haben zugenommen. Auch die Korruptionsrate ist hoch. Die Todesstrafe wird weiterhin verhängt, allerdings seit Jahren nicht mehr praktisch ausgeführt.

Die Vielzahl divergierender Gewaltakteure, zumeist zurückgezogen in der unkontrollierten Sahel-Wüstenregion, birgt gegenwärtig das größte innerstaatliche Konfliktpotenzial. Die Bedrohung durch terroristische Anschläge ist sehr hoch. Sprengstoffanschläge und Raketenangriffe islamistischer Gruppen richten sich dabei gleichermaßen gegen Zivilist:innen, nationale Militärs, französische und UN-Blauhelmsoldat:innen – und beschränken sich mittlerweile nicht ausschließlich auf den Norden des Landes. Der Friedensvertrag zwischen den wichtigsten Rebell:innengruppen und der Zentralregierung von 2015, ausgehandelt mithilfe der Vereinten Nationen und Algeriens, soll langfristig Frieden und Stabilität bringen, aber dessen Implementierung schreitet nur zögerlich voran angesichts des mangelnden politischen Willens der Konflikttakteure. Die Ausbreitung des islamistischen Terrors stellt für die politische Situation der gesamten westafrikanischen Region ein akutes Problem dar.

Mali besitzt eine nationale Gesetzgebung zum Privatbesitz von Waffen sowie deren regionaler Kontrolle. In der Realität existiert jedoch ein großer Schwarzmarkt zum illegalen Erwerb veralteter und gestohlener Waffen. Trotz des Beitritts zu allen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung vereinfacht insbesondere die weiterhin hohe Korruption und organisierte Gewalt den privaten Zugang zu Waffen. So ist der illegale Waffenhandel, wie in der gesamten Region, weit verbreitet. Speziell im Norden des Landes ist ein Netzwerk aus Schmuggler:innen und Staatsbeamt:innen entstanden, das davon profitiert, dass viele Staatsgrenzen von nicht-staatlichen oder semi-autonomen Gruppierungen wie den Tuareg kontrolliert werden.

Mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 850 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2022) gehört Mali nach Weltbank Kategorisierung zu den low-income-economies. Die globalen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie das Ende des Wertzuwachses von Gold führten zu einer Rezession in 2020. Im Jahr 2021 erholte sich das BIP jedoch leicht und wies ein leichtes Wachstum auf. Die seitens der ECOWAS anlässlich des Putsches 2021 verhängten Handelssanktionen wurden Mitte 2022 aufgehoben. So setzte sich der leicht

positive Trend auch 2022 weiter fort. Für 2024 erwartet der Internationale Währungsfond ein solides Wachstum von um die 5 %. Mali gehört zur Gruppe der sog. Heavily indebted poor countries (HIPC). Diese sind nach Einschätzung der Weltbank und des IWF nicht in der Lage sich eigenständig zu entschulden und gleichzeitig ihren Bürger:innen notwendige Leistungen bereitzustellen und bekommen daher dabei inter-nationale Unterstützung. Als Least-Developped und Highly Indepted Country besteht aktuell die akute Gefahr, dass Rüstungsexporte die Entwicklung des Landes in signifikantem Maße negativ beeinflussen und damit Kriterium acht des Gemeinsamen Stand-punktes zuwiderlaufen.

## Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

## Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

*Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2022 (in Millionen Euro)*

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	---	---
2000	---	---
2001	---	---
2002	---	---
2003	---	---
2004	---	---
2005	---	---
2006	LKW: 84,3%	0,26
2007	---	---
2008	Splitterschutzwesten, Splitterschutzvisiere und Kampfstiefel: 100%	0,03
2009	LKW und Kran: 100%	0,14
2010	LKW: 100%	1,26
2011	Pontonbrücken und Teile für Pontonbrücken: 75,7% LKW: 24,3%	0,78
2012	---	---
2013	Ballistische Schutzwesten und ballistische Einschübe: 71,4%; LKW [VN-Mission], Minenräumgeräte [VN-Mission] und Teile für Minenräumgeräte [VN-Mission]: 27,5%	10,56
2014	Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mission] und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer [VN-Mission], Maschinenpistolen [VN-Mis- sion], Revolver [VN-Mission], Pistolen [VN-Mission]: 68,1%; Munition für Ge- wehre [VN-Mission], Revolver [VN-Mission] und Pistolen [VN-Mission]: 20,9%	0,47
2015	LKW [VN-Mission] und Teile für LKW [VN-Mission], Minenräumgeräte [VN-Mis- sion]: 52,3 %	3,22

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
	Multifunktionsradar [VN-Mission] und Teile für Multifunktionsradar [VN-Mission]: 42,8%	
2016	Zielentfernungsmesssysteme, Justierausrüstung und Teile für Zielentfernungsmesssysteme, Multifunktionsradar [VN-Mission]: 36,4% Minenschutzanzüge und ballistische Einschübe für Körperschutzwesten: 30,0% Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 23,2%	2,77
2017	Geländewagen mit Sonderschutz [EU-Mission], LKW und Teile für LKW: 83%	4,68
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission], Feldumschlaggeräte und Teile für Geländewagen mit Sonderschutz [VN-Mission, EU-Mission], Feldumschlaggeräte: 38,6% Helme, ballistische Schutzwesten und Teile für Körperpanzer [Ertüchtigungsinitiative]: 33,1% Bodenüberwachungsradar [VN-Mission] und Teile für Bodenüberwachungsradar [VN-Mission]: 24,4%	2,70
2019	LKW, Sattelzugmaschinen, Tieflader, Kran und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 54,7% Teile für Radarsysteme [VN-Mission]: 26,4%	2,76
2020	Geländewagen mit Sonderschutz: 94,2%	0,51
2021	Helme, Körperpanzer, Schutzkleidung und Körperpanzer-Schutzplatten: 67,0% Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz und Teile für ballistischen Schutz, LKW, Geländefahrzeuge [VN-Mission]: 22,3%	0,97
2022	Geländefahrzeuge mit ballistischem Schutz [VN-Mission]: 80,2 %	0,30

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, <https://www.bmwk.de>



Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

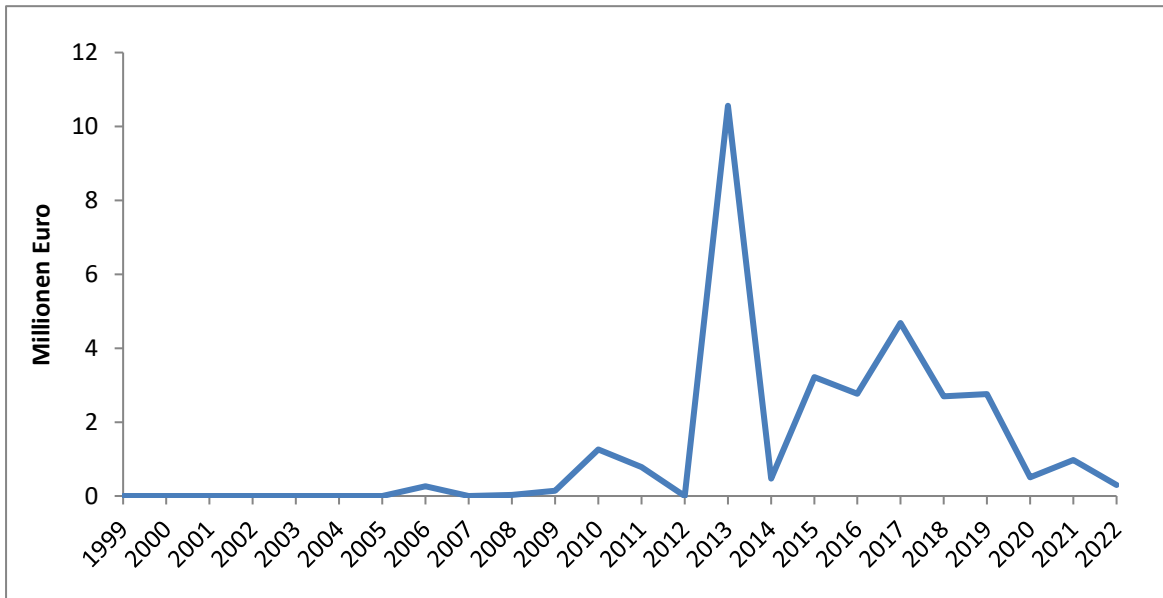


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Mali 2000-2022

Da in der SIPRI-Datenbank nur Großwaffensysteme erfasst werden, Deutschland zwischen 2000 und 2022 jedoch keine dieser Großwaffensysteme an Mali geliefert hat, finden sich hierzu keine Angaben in der SIPRI-Datenbank.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, [https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade\\_register.php](https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php)

### Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Mali 2018-2022, Mio. TIV<sup>1</sup>

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	25	18	44	36	58	180

<sup>1</sup> SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Tabelle 4**

### **Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Mali 2018-2022, Mio. TIV**

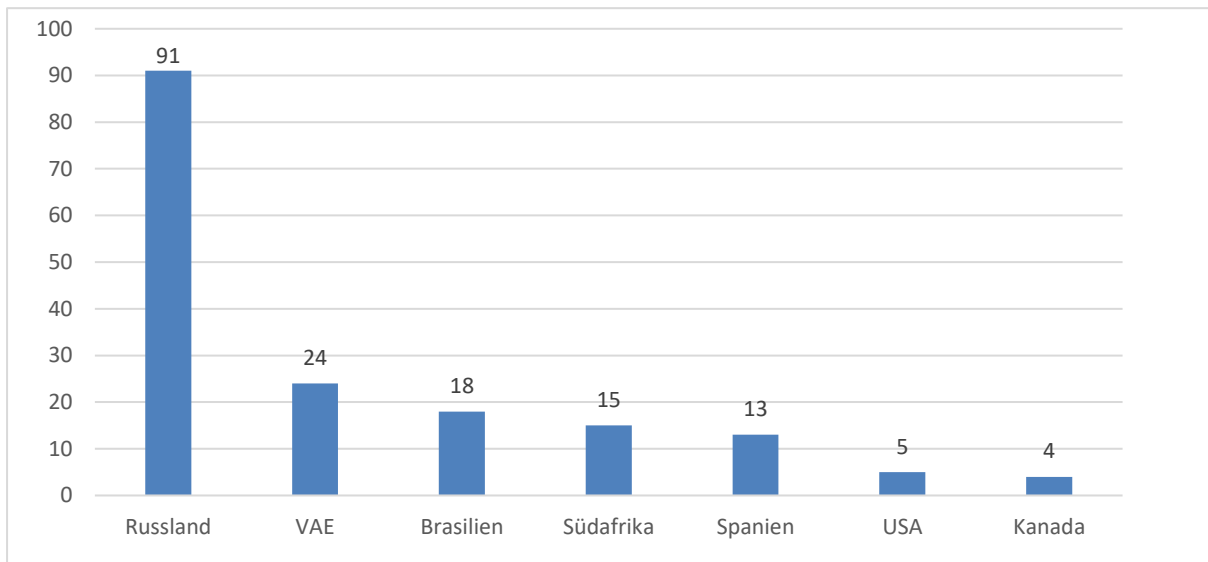
Da Deutschland keine Großwaffensysteme nach Mali lieferte, gibt es keine Angaben zu deutschen Lieferungen in der Arms Transfer Datenbank von SIPRI.

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

**Schaubild 2**

### **Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2018-2022, Mio. TIV**



Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

### **Kommentar zu den Waffenkäufen**

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2023) nahm Mali zwischen 2018 und 2022 die 71. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein.

Russland, der wichtigste Rüstungslieferant in diesem Zeitraum, exportierte zwischen 2017 und 2022 vier Kampfhubschrauber vom Typ Mi-35M, vier bewaffnete Transporthe-likopter vom Typ Mi-8MT/Mi-17, sechs bewaffnete L-39C Albatros Trainingsflugzeuge,

---

hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

ein ausgemustertes Su-25 Kampfflugzeug, zwei gebrauchte Mi-8MT Transporthubschrauber und einen weiteren gebrauchten Transporthelikopter vom Typ Mi-8T nach Mali. Außerdem stiftete Russland 2022 zwei Luftsuchradare und drei Kampfhubschrauber. Mali hat 2022 außerdem weitere gebrauchte russische Fluggeräte geordert, deren Lieferung noch aussteht, darunter fünf Trainingsflugzeuge, eine unbekannte Anzahl an Transporthubschraubern und ein Kampfflugzeug.

Die VAE lieferten 2020 30 gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Cougar und 100 des Typs Typhoon. Brasilien exportierte 2018 vier Kampfflugzeuge (Typ EMB-314 Super Tucano). Aus Südafrika importierte Mali in den letzten fünf Jahren hauptsächlich gepanzerte Mannschaftstransporter, darunter 51 vom Typ Casspir, 13 vom Typ Marauder und 20 vom Typ Puma M-36. Von letzteren sollen noch zehn weitere Fahrzeuge geliefert werden. Spanien lieferte Mali 2022 ein C-295 Transportflugzeug und zwei gepanzerte VAMTAC BN3 Fahrzeuge. Motoren erhielt Mali aus den USA und Kanada: So lieferten die USA 2020 100 Fahrzeugmotoren für gepanzerte Mannschaftstransporter aus den VAE; Kanada exportierte 2018 vier Flugzeugmotoren und 2022 zwei weitere. Im Jahr 2020 stiftete die Europäische Union überdies 13 aus Frankreich stammende gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Bastion.

Wie in vielen Staaten des afrikanischen Kontinents wurden auch in Mali in den vergangenen Jahren verhältnismäßig wenige moderne Großwaffensysteme importiert: Ein Großteil der importierten Waffensysteme in Mali ist gebraucht. Seit dem UN-Mandat für die Friedensmission MINUSMA und die europäische Ausbildungsmission EUTM erhält das malische Militär durch finanzielle und materielle Unterstützung Rüstungsgüter aus diversen Staaten. So lieferte auch Deutschland seit 2013 unter anderem Transportfahrzeuge, Minenräumergeräte, Radarsysteme und Schusswaffen in zweistelliger Millionenhöhe nach Mali an die dortige UN-Mission. Zwischen 2019 und 2021 finanzierte Deutschland zudem 20 Puma M-26-, sowie 51 gebrauchte Casspir-Personentransporter aus südafrikanischer Produktion.

Vor 2012 importierte der malische Staat Kleinwaffen und leichte Waffen sowie Munition insbesondere aus China, Russland, Italien, Frankreich, Spanien, dem Senegal und der Türkei. Viele dieser Waffen gelangten in die Hände von Rebell:innengruppen. Dies trug mit zur Gewalteskalation 2012 bei. Speziell nach dem Fall des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi versorgten sich Rebell:innengruppen und radikale Islamist:innen auch über illegale Handelswege mit Waffen aus ehemals libyschen Beständen. So gelangten sie unter anderem auch an Raketenwerfer vom Typ BM-21 und schultergestützte Boden-Luft-Raketen (man-portable air defense systems, MANPADS). Die USA und Frankreich belieferten 2011 trotz eines bestehenden Waffenembargos libysche Oppositionskräfte mit Kleinwaffen, die von zurückkehrenden Tuareg-Söldner:innen nach Beendigung der Kampfhandlungen und des Machtvakuum nach Mali eingeführt wurden. So sind derzeit auch Schusswaffen aus NATO-Staaten wie Belgien und Portugal in Malis Norden im Umlauf. Da diverse malische Staatsgrenzen von nicht-staatlichen und semi-autonomen Gruppierungen kontrolliert werden, erhalten die Aufständischen Rüstungsgüter über den illegalen Waffenhandel z. B. aus Algerien, Burkina Faso und anderen Staaten der Region. Häufig gelingt es Rebell:innengruppen darüber hinaus, Waffenarsenale des malischen Militärs zu erobern. So erbeuteten Aufständische im Mai 2014 bei Kämpfen in der nördlich gelegenen Stadt Kidal mehrere Tonnen Waffen und Munition. Zusätzlich konnten 50 neue

Geländefahrzeuge in Besitz genommen werden, welche die EU der malischen Armee zur Unterstützung des militärischen Trainings geliefert hatte.

## Militärausgaben

Tabelle 5

### Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

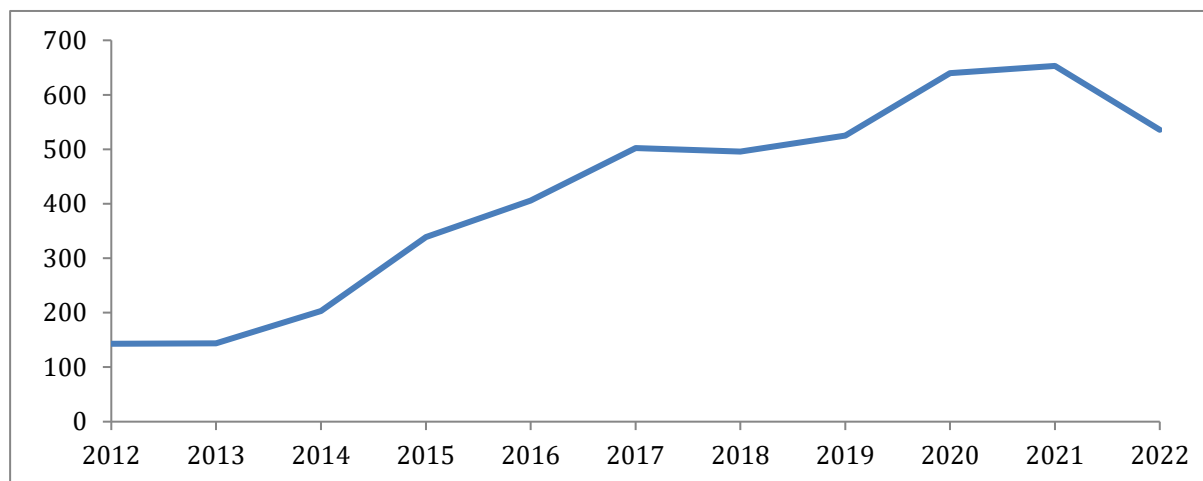
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	496	525	640	653	536
Anteil am BIP (in Prozent)	2,8	2,8	3,4	3,4	2,8
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	13,9	11,9	13,0	12,6	11,4

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

### Absolute Militärausgaben, Trend 2012 – 2022 in Mio. USD

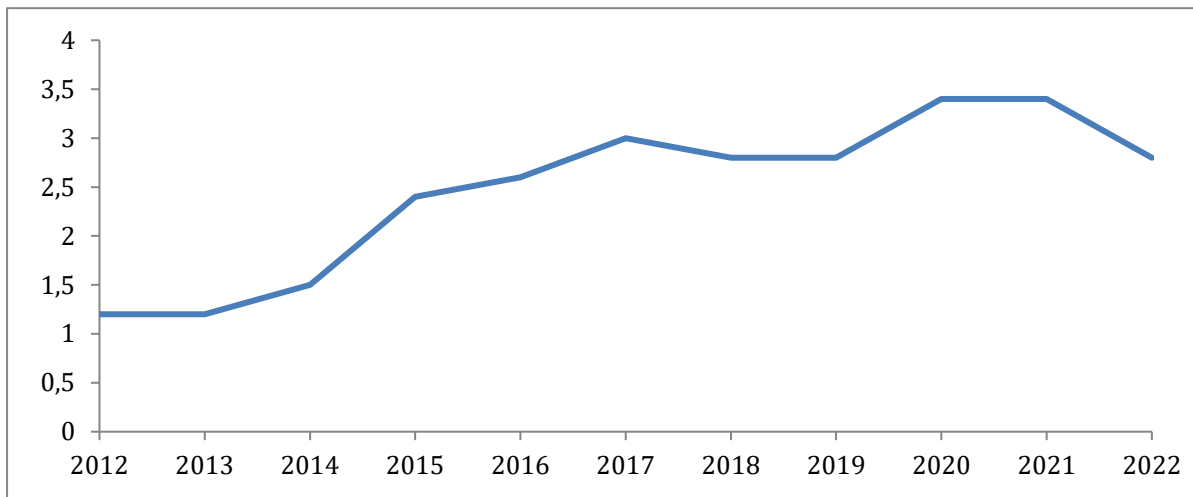


Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2012 – 2022 (in Prozent)**



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

## Lokale Rüstungsindustrie

Abgesehen von Südafrika existiert in kaum einem Staat des afrikanischen Kontinents gegenwärtig eine funktionierende und moderne lokale Rüstungsindustrie, sodass die große Mehrheit der Waffensysteme aus dem Ausland beschafft werden muss. Ursächlich hierfür ist unter anderem, dass während des Kalten Krieges die jeweiligen Großmächte ihre Verbündeten auf dem Kontinent großzügig mit Rüstungsgütern ausstatteten. Dies verhinderte in diesen Jahrzehnten die Entwicklung einer eigenen Rüstungsindustrie.

Auch Mali ist fast ausnahmslos auf Rüstungsimporte für die Ausrüstung seiner Streitkräfte angewiesen. Mangelnde Eigenproduktion und geringe finanzielle Ressourcen für die Wartung der Waffenarsenale, den Einkauf von Ersatzteilen und die Vermittlung von Fachexpertise an Militärpersonal sind ausschlaggebend für die geringe militärische Kapazität des Landes. Lediglich für die Produktion von Munition existiert eine lokale Fabrik, die in den vergangenen Jahren neben der Ausstattung der eigenen Streitkräfte primär den Nachbarstaat Burkina Faso mit Munition für Kleinwaffen und leichte Waffen versorgt hat. Ansonsten verfügt Mali lediglich über begrenzte Wartungsfähigkeiten.

## Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Nein

**Box 1****Gesamtstärke der Streitkräfte**

21.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 19.000

Luftwaffe: 2.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 20.000, davon:

Gendarmerie: 6.000

National Guard: 10.000

National Police: 1.000

Militia: 3.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

**Tabelle 6****Stärke der Streitkräfte, Trend 2014-2022**

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	4	6	8	10	10	13	13	21	21
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	1	0,9

Quellen: IISS Military Balance 2015-2023, World Bank

**Kommentar**

Besaß Mali bis zum Ende der Militärdiktatur in den frühen 1990er Jahren noch eine der stärksten Armeen Westafrikas, umfasst die derzeitige malische Truppenstärke 21.000 aktive Soldat:innen. Diese waren 2012 mit einer Stärke von 7.000 Personen nicht in der Lage, die Eroberung größerer Teile des Landes durch Tuareg-Rebell:innen und fundamentalistische Islamist:innen zu verhindern, das staatliche Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Die malische Regierung musste Frankreich im Januar 2013 um militärische Unterstützung bitten, die mittels Luftangriffen und Bodentruppen erfolgte.

Der niedrige Militarisierungsgrad – 2015 lag die Anzahl der Streitkräfte bei 4.000, ein Rückgang der Streitkraftstärke von über 50 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 – ist auf die begrenzten finanziellen Ressourcen der Streitkräfte durch die malische Regierung zurückzuführen. Der Anteil der Soldat:innen an der Bevölkerung (pro 1.000 Einwohner:innen) betrug 2014 lediglich 0,2 – ein Rückgang um ganze 70 Prozent zum Jahr 2000. Hier zeigen sich die Folgen der gewaltsamen Eskalation 2012/13, in Folge derer viele Soldat:innen gestorben und andere desertiert sind. Von da an konnten aber erfolgreich neue Streitkräfte rekrutiert werden, sodass die Stärke der Streitkräfte 2017 auf 10.000, 2019 dann auf 13.000 und im Jahr 2021 schließlich auf 21.000 stieg.

Zur Stabilisierung des Landes ist das malische Militär auf die Unterstützung ausländischer Soldat:innen unterschiedlichster Friedensmissionen angewiesen. Über 15.000 vornehmlich aus afrikanischen Staaten gestellte Blauhelmsoldat:innen der UN-Mission MINUSMA sind in wichtigen Bevölkerungszentren präsent, unterstützen den politischen Prozess sowie die Wiederherstellung der staatlichen Autorität, was sich angesichts der kritischen Sicherheitslage und immer wieder aufflammender Gewaltkonflikte und terroristischer Gewaltakte als äußerst schwierig darstellt. Darüber hinaus befanden sich zeitweise bis zu rund 5.100 französische Soldat:innen im Rahmen der Operation Barkhane in der Sahelregion, darunter in Mali. Juni 2021 wurde, in Reaktion auf den erneuten Putsch im Mai, die Reduktion bzw. die Beendigung der Operation durch Frankreich angedroht. Später wurde auch von malischer Seite ein Truppenabzug gefordert; dieser ist mittlerweile vollzogen. Ein kompletter Truppenabzug aus der Region ist dabei aber unwahrscheinlich, da sich bereits ein neuer Rahmen für Operationen in der Region in Planung befindet.

## Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

### Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Leichte Panzer	Mehr als 2	
Aufklärer	Mehr als 6	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	232	
Artillerie	Mehr als 30	BM-21, D-30

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Kommentar

Die Schlagkraft der malischen Landstreitkräfte ist durch die zumeist veralteten Waffensysteme und deren geringe Gesamtkapazität relativ begrenzt. Wie der Gewaltkonflikt 2012 verdeutlichte, ist die derzeitige Truppenstärke von 21.000 Soldat:innen noch immer deutlich zu wenig, um einen konzentrierten Angriff der Aufständischen abzuwehren. Die 50 Soldat:innen umfassende Marine wurde 2013 ins Heer integriert.

Auch bei der Ausstattung der Streitkräfte bestehen weiterhin Mängel. So verfügte das malische Heer bis vor wenigen Jahren lediglich über rund 23 gepanzerte Mannschaftstransporter (4 Bastion; 10 BTR-60PB; 9 BTR-70) sowie einige militärische Spähpanzer vom Typ BRDM-2 und Mehrfachraketenwerfersysteme BM-21 (122mm) – mit Ausnahme der gepanzerten Mannschaftstransporter vom Typ Bastion, die Mali 2016 und 2020 aus Frankreich importierte, alle veraltet aus ehemaligen Beständen der Sowjetunion.

2020 lieferten die Vereinigten Arabischen Emirate 100 Typhoon und 30 Cougar Mannschaftstransporter, was der Unterausstattung in diesem Bereich entgegenwirkte. Eine

umfassende Modernisierung der Heeresausstattung kann ohne finanzielle Unterstützung wohl auch in den kommenden Jahren aber nicht bewerkstelligt werden.

Derzeit werden malische Streitkräfte dazu ausgebildet, Verteidigungsaufgaben wie die innerstaatliche Konfliktbewältigung und Aufstandsbekämpfung zukünftig eigenständig übernehmen zu können. Bisherige Einsätze der Streitkräfte wurden durch einen Mangel an organisatorischer Professionalität, schwache Loyalität der Soldat:innen und einen schlechten Ausbildungsstand – auch der hohen Offizier:innen – in ihrer Effektivität begrenzt. Die USA unterstützten, motiviert durch den „Krieg gegen den Terror“, die malische Armee im Zuge der Pan-Sahel-Initiative und Trans-Saharan Counterterrorism Initiative bereits seit 2007 bei der Ausbildung von militärischem Führungspersonal. Im selben Jahr begann auch die Bundesregierung mit der Unterstützung der malischen Streitkräfte. So wurde ausgemustertes Gerät, darunter 32 LKW, 14 kleine Boote und vier Wolf Geländewagen nach Mali geliefert. Seit 2009 ist Mali ein offizielles Partnerland deutscher Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte. Darüber hinaus wurde ein Ausbildungszentrum für Pioniere in Mali errichtet. Auch Frankreich unterstützte bereits vor 2013 regionale malische Trainingseinrichtungen. Im Zuge der multinationalen Ausbildungsmission EUTM Mali erhielten bisher 15.000 malische Streit- und Sicherheitskräfte militärische Grundlagenausbildung und Beratung durch die Europäische Union. Der Schwerpunkt der derzeit 55 eingesetzten deutschen Soldat:innen (zusätzlich sind derzeit 490 Soldat:innen der Bundeswehr an der MINUSMA-Mission beteiligt) liegt in der Pionier-, Logistik- und Infanterieausbildung. Darüber hinaus erhält das malische Militär Rüstungsgüter zur Unterstützung, so bspw. die französischen gepanzerten Mannschaftstransportfahrzeuge vom Typ Bastion im März 2016 sowie diverse Pistolen und Maschinengewehre aus der Slowakei.

Seit 2016 werden die Artillerie-Fähigkeiten des malischen Militärs im Rahmen der EUTM-Mission wiederhergestellt. Aufgrund der zunehmenden Verschlechterung der Sicherheitslage in der Region um Gao gab die deutsche Bundeswehr im März 2017 bekannt, einen Überwachungsturm zu errichten und Luftabwehrradare zu stationieren, um das Early-Warning zu verbessern. Im Mai 2022 wurde bekannt, dass Deutschland sich nicht mehr an der EUTM-Mission beteiligen möchte.

**Tabelle 8**  
**Luftwaffe**

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Aufklärungsflugzeuge	1	
Transportflugzeuge	17	Davon 5 im Lager
Ausbildungsflugzeuge	17	Davon 8 im Lager und 11 kampffähig
Kampfhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	9	Davon 1 im Lager



## Waffenkategorien

## Anzahl

## Kommentar

Quelle: IISS Military Balance 2023

### Kommentar

Der derzeitige Bestand der malischen Luftwaffe stammt noch überwiegend aus der ehemaligen Sowjetunion. Moderne Waffensysteme wie der Z-9 Mehrzweckhubschrauber aus China oder die Transporthubschrauber vom Typ AS350 aus Bulgarien bilden eher die Ausnahme. Die acht Mi-24 bzw. -35 Kampfhubschrauber scheinen aktuell (wieder) einsatzbereit zu sein. Nach Einlagerung verkündete 2016 das malische Militär, seine Mi-24s, Z9s und zwei Leonardo SF-260 (leichte Kampfflugzeuge) zu reaktivieren. Die militärische Kapazität der Luftwaffe soll aber zukünftig weiter ausgebaut werden. So unterzeichnete der malische Verteidigungsminister im Jahr 2015 die Genehmigung zum Import von vier EMB-314 Super Tucano Kampfflugzeugen der Firma Embraer Defense Security aus Brasilien, die 2018 geliefert wurden. Darüber hinaus zeigte sich die malische Regierung sehr interessiert an russischen Kampf- und Transportflugzeugen sowie Hubschraubern vom Typ Mil Mi-35 und Mi-17 des staatlichen Monopol-Rüstungskonzerns Rosoboronexport: 2017 bis 2019 lieferte Russland die vier Kampfhubschrauber. Im Februar 2016 schloss die malische Regierung einen Vertrag mit Airbus Defence and Space über die Lieferung eines C-295 Mehrzwecktransportflugzeugs ab, welche im Dezember desselben Jahres erfolgte. 2020 folgte ein weiteres C-295. Zudem wurden seit 2015 zwei neue Airbus 215 Super Puma Hubschrauber angeschafft. Mali hat weitere Fluggeräte 2022 in Russland bestellt. Die Lieferungen sind Teil der Bestrebungen, die Handlungsfähigkeit der malischen Luftwaffe wiederherzustellen. Die operative Mobilität des malischen Militärs ist aufgrund fehlender qualifizierter Streitkräfte und geringfügiger Kapazitäten der Luftwaffe derzeit noch immer gering. Ohne die französische Armee und deren Hubschrauber, Flugzeuge und Drohnen ist derzeit fraglich, inwiefern das malische Heer in der Lage sein wird, im Rahmen von asymmetrischen Einsätzen zur Bekämpfung von Rebell:innengruppen auch von der Hauptstadt entfernte Gebiete zu kontrollieren. Dabei wird Frankreich seit 2013 im Zuge der UN-Mission MINUSMA auch von deutschen Transall-Transportflugzeugen unterstützt. Da die Niederlande ihre Kampfhubschrauber im Frühjahr 2017 abzogen, kompensierte dies die Entsendung von vier Transporthubschraubern des Typs NH90 und vier Kampfhubschrauber des Typs Tiger aus Deutschland ab April 2017. Zur zusätzlichen Echtzeitbeobachtung von statischen und dynamischen Bodenzielen setzt die Bundeswehr seit dem 1. November 2016 auch eine Aufklärungsdrohne vom Typ „Heron 1“ in Mali ein. Wie im Oktober 2018 bekannt wurde, unterstützt die Bundeswehr damit auch die französische Anti-Terror-Mission. Neben dem Lufttransport französischer Soldat:innen sollen durch die Übermittlung von Drohnenbildern gezielt islamistische Kämpfer:innen ausgeschaltet werden.

Vor dem Beginn der UN-Friedensmission hatte die malische Luftwaffe erhebliche Probleme bei der Versorgung der Truppen sowie der schnellen Verlagerung speziell von schwerem Material. Grund dafür waren auch die geringen Lufttransportkapazitäten, bedingt durch schlechte Infrastruktur und anspruchsvolle topografische Gegebenheiten. Zwei Luftwaffenstützpunkte in der Hauptstadt Bamako und im nordöstlich gelegenen Mopti werden vom Heer genutzt, in das die 400 Soldat:innen der Luftwaffe nach der fran-

zösischen Intervention 2013 integriert wurden. Mit den genannten Rüstungsimportaufträgen arbeitet die malische Regierung derzeit am Wiederaufbau einer eigenständigen Luftwaffe. Dem Militär steht im Norden des Landes kein offizieller Flughafen zur Verfügung.

### Box 3

#### *Peacekeeping*

*Dem. Rep. Kongo (MONUSCO): 4 Soldat:innen*

*Quelle: IISS Military Balance 2023*

### Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die zivil-militärischen Beziehungen sind geprägt durch mehrere Putschversuche des Militärs zur Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen. 1968 erfolgte der erste erfolgreiche militärische Putsch durch General Moussa Traoré, den zweiten Präsidenten Malis. Es folgte eine Militärdiktatur, in der die Meinungsfreiheit abgeschafft, die Gesellschaft unterdrückt und politische Oppositionelle sowie Staatsfeinde verfolgt, gefoltert und ermordet wurden. Diktator Traoré, der mehrere Umsturzversuche abwehrte, wurde schließlich 1991 doch durch einen Militärputsch gestürzt, mit dem Mali erstmals einige demokratische Freiheiten erlangte. 1992 fand in Mali die erste freie und demokratische Präsidentschaftswahl statt. Zehn Jahre später, 2002, erfolgte der erste demokratische Führungswechsel mit der Wahl von Amadou Toumani Touré zum Präsidenten. Aus einer allgemeinen Unzufriedenheit des Militärs resultierte ein weiterer Militärputsch unter Führung von Hauptmann Amadou Sanogo im März 2012. Wegen des sich verschärfenden Konflikts mit islamistischen und separatistischen Kräften in Nordmali warfen ihm die Putschist:innen Unfähigkeit bei der Kontrolle des Nordens vor.

Der Norden und Süden Malis zerfallen sozioökonomisch, geographisch und kulturell: Besitzen der malische Staat und seine Regierung in der Hauptstadt Bamako – in der die politische Elite ansässig ist – und der umliegenden Region einen gewissen Rückhalt innerhalb der Gesellschaft, ist speziell im Norden und im Zentrum die Legitimität von Staat und Regierung sehr gering. Der malische Sicherheitsapparat ist nicht in der Lage, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Der Staat erbringt kaum soziale Leistungen etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung, was die Skepsis der Bevölkerung gegenüber dem malischen Staat weiter verstärkt. Eine Vielzahl einheimischer Selbstverteidigungsmilizen versucht die Bevölkerung im Norden und im Zentrum des Landes vor Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen durch radikale Islamist:innen zu schützen. In der Vergangenheit – speziell während der Militärjunta unter der Traoré-Verfassung von 1974 – wurden allerdings auch vom malischen Militär zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an der eigenen Bevölkerung begangen. Während die Gesellschaft derzeit mit steigender Arbeitslosigkeit und wachsenden wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist, fließen beträchtliche Geldsummen durch ausufernde Korruption innerhalb des Militärs insbesondere an hohe Offizier:innen. Niedrigere Dienstgrade sind häufig am Schmuggel

von Drogen, Menschen und Waffen beteiligt. Das gesellschaftliche Vertrauen der Bevölkerung in das Militär ist gering.

Im August 2020 kam es zu einem weiteren Staatsstreich und im Mai 2021 zu einem „Putsch im Putsch“. Während die Absetzung Ibrahim Boubakar Keitas im vergangenen Jahr von der Gesellschaft relativ optimistisch aufgenommen wurde und von vielen gesellschaftlichen Akteuren als Chance begriffen wurde, schlug den Putschist:innen beim letzten Umsturz weit weniger Unterstützung entgegen. Expert:innen zufolge scheint der erneute Umsturz ein Versuch zu sein, die Kontrolle über den entglittenen Transformationsprozess wiederzuerlangen.

## Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 9

**Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)**

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

[https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide\\_uv=1](https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1)

Neben der Armee besteht der Sicherheitsapparat Malis aus drei Einheiten, die für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit verantwortlich sind. Die malische Polizei, Gendarmerie und Nationalgarde unterstehen dabei dem Ministerium für innere Sicherheit und Zivilschutz. Nach einer Analyse der Vereinten Nationen existiert in Mali weltweit die geringste Anzahl an Polizeikräften im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Die malische Polizei umfasst derzeit ca. 1.000 Polizist:innen. Das Personal der Gendarmerie hat sich im Jahr 2021 jedoch von 1.800 auf 6.000 und die Nationalgarde von 2.000 auf 10.000 Sicherheitskräfte erhöht. Rund 90 Prozent der Polizeiangestellten sind männlich. Zuständigkeiten auf nationaler und regionaler Ebene, speziell in Korrelation mit den sich selbstorganisierenden lokalen Milizen, sind strukturell häufig nicht klar definiert. Aus dem geringen innerstaatlichen Rückhalt der Regierung und der Instabilität des Landes resultieren auch innerhalb des Polizeisektors eine sinkende Moral und mangelnde Verantwortlichkeit. Die bisherige Dysfunktionalität des malischen Sicherheitsapparates soll durch diverse internationale Trainings- und Ausbildungsmissionen überwunden werden. So unterstützt die MINUSMA Mission – an der sich auch 20 deutsche Polizist:innen beteiligten – die Ausbildung der lokalen Polizei im Norden des Landes, insbesondere zur Bekämpfung von organisierter (grenzüberschreitender) Kriminalität und Terrorismus. Die Generaldirektion für Staatssicherheit, der malische Geheimdienst, kooperiert speziell bei der Terrorismusbekämpfung auch mit ausländischen Nachrichtendiensten. Gerade in der Sahel-Zone stellt die organisierte Kriminalität eine erhebliche Bedrohung für den Frieden, die innere Sicherheit und Stabilität dar. Seit 2014 existiert, un-

abhängig von der EUTM Mali, mit der EUCAP Sahel Mali eine zivil-strategische Ausbildungs- und Trainingsmission der EU für die drei malischen Polizeiorganisationen und relevanten Ministerien. Ziel ist die Unterstützung einer Reform des Sicherheitssektors. Die Polizeieinheiten werden auch mit moderner Ausrüstung und grundlegendem Equipment wie Computern und Software versorgt. In den Gefängnissen existiert häufig eine schlechte medizinische und sanitäre Versorgung. Wasser und Nahrungsmittel werden nur eingeschränkt verteilt. Insbesondere seit 2012 soll es im Zuge des innerstaatlichen Gewaltkonfliktes in den Gefängnissen vermehrt zu Folter gekommen sein. 2013 starben dabei beispielsweise zwei malische Tuareg. Berichte von Amnesty International dokumentieren auch willkürliche Verhaftungen und prekäre Haftbedingungen von Minderjährigen, die unter Verdacht stehen, einer bewaffneten Gruppe anzugehören oder illegal Waffen zu besitzen. Sie werden oftmals in den gleichen Gefängnissen untergebracht wie Erwachsene. Dort seien sie weiteren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

## Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

### Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Möglicherweise kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank ([ruestungsexport.info](http://ruestungsexport.info)).

## Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 10

### Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

### Kommentar

Obwohl Mali zahlreichen internationalen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten ist, erweist sich insbesondere das Fehlen beim Chemiewaffenprotokoll von 1928 als problematisch. Zudem steht die Ratifizierung des Vertrags zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden (1972) sowie des Partiellen Atomaren Teststopp Vertrags (1963) noch aus. Nichtsdestotrotz ist Rüstungskontrolle ein wichtiges Thema für Mali. 2014 bat der malische Außenminister den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, zu einer flächendeckenden Waffenniederlegung aufzurufen und insbesondere die Entwaffnung der Tuareg-Rebell:innen voranzutreiben. Um eine langfristige Stabilisierung des Landes anzugehen, seien weitere Entwaffnungsmaßnahmen notwendig, betonen auch Expert:innen des UNDP (United Nations Development Programme).

In Reaktion auf den Militärputsch vom 24. und 25. Mai 2021 übernahm der Europäische Rat zum Dezember 2021 teilweise Sanktionen, die bereits 2017 von der UN initiiert worden waren. Diese umfassen bspw. das Einfrieren von Vermögenswerten bestimmter Personen sowie Organisationen sowie Einreisebeschränkungen für Einzelpersonen in die EU. Ein Waffenembargo zählt bisher allerdings nicht zu den Maßnahmen.

### Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 11

#### Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**Box 4****Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022**

*Mali has an unelected transition government following a 2020 military coup d'état that upended a constitutional democratic system. The country last held presidential elections in 2018, re-electing the late Ibrahim Boubacar Keita in elections international observers considered minimally credible despite some irregularities. Following the 2020 coup, a brief period of military rule was followed by a civilian-led transition government. In May 2021, the transition government was overthrown by the military. In June 2021, Assimi Goita, one of the 2020 coup leaders and the former transition vice president, was sworn in as transition president. Repeatedly delayed parliamentary elections were held in 2020, followed by manipulation of results by the Constitutional Court in a process observers regarded as flawed and undemocratic. Former President Keita dissolved parliament later in 2020, and it was replaced by an unelected National Transition Council. The National Police has responsibility for law enforcement and maintenance of order in urban areas and supports the armed forces in internal military operations. The National Gendarmerie has responsibility in rural areas, including a specialized border security unit. The National Guard and the Malian Armed Forces occasionally perform law enforcement duties in areas where police and gendarmes were absent. The National Police reports to the Ministry of Security and Civil Protection and the Ministry of Defense. The Malian Armed Forces, the National Gendarmerie, and the National Guard fall administratively under the Ministry of Defense. Operational control of the National Guard and National Gendarmerie is shared between the Ministry of Defense and the Ministry of Security and Civil Protection. The country's intelligence service has authority to investigate any case and temporarily detain persons at the discretion of its director general, who reports directly to the president. Civilian authorities did not always maintain effective control over civilian and military security forces. There were reports members of the security forces committed numerous abuses. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings; forced disappearance; torture or cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by government forces; harsh and life-*

*threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious abuses in a conflict, including unlawful and widespread civilian deaths or harm, and unlawful recruitment and use of child soldiers by nonstate armed groups allied with the government; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests of journalists, censorship, and enforcement of criminal libel and slander laws; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious government corruption; lack of investigation of and accountability for gender-based violence, including domestic and intimate partner violence, sexual violence, child, early, and forced marriage, female genital mutilation/cutting, and other forms of such violence; crimes involving violence or threats of violence targeting members of national and ethnic groups; trafficking in persons; vaguely worded laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct between adults, although not enforced; and existence of the worst forms of child labor. With occasional notable exceptions, the transition government made little effort to investigate, prosecute, or punish government officials who committed abuses, whether in the security forces or elsewhere in the transition government. The transition government made some efforts to address corruption. Impunity for serious crimes committed in the country's northern and central regions continued with few exceptions, in view of the transition government's lack of control of 80 percent of the national territory. The transition government rarely investigated cases related to killings, forced disappearances, or other serious human rights abuses, and those it did rarely moved beyond an investigative phase. Nonstate armed groups, including several signatories to the 2015 Algiers Accord for Peace and Reconciliation in Mali (Algiers Accord), committed serious human rights abuses, including summary executions, torture, and the unlawful recruitment and use of child soldiers. Wagner Group forces, often operating in close coordination with the Malian Armed Forces, allegedly committed unlawful killings, rapes, and other abuses. Terrorist groups kidnapped and killed civilians, including humanitarian workers. Ethnic militias, formed to defend one ethnic group from other ethnic groups or other armed groups, committed serious human rights abuses, including summary executions, and destroyed homes and food stores. Government investigations and prosecutions were rare because civilian and military officials lacked the political will to investigate, and most abuses occurred in areas the transition government did not control.*

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022  
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/mali/>

### Box 5

#### **Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023**

*Hundreds of civilians were killed by the military and armed groups, including in extrajudicial executions, in the context of the armed conflict. Violence and discrimination based on social status continued. Government critics and journalists faced threats, intimidation, arbitrary arrest and detention, and prosecution. Detainees were denied medical treatment.*

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023  
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>



### Box 6

#### **Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023**

*Bewertung für Mali auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:*

*Bürgerliche Rechte: 21/60*

*Politische Rechte: 8/40*

*Gesamtbewertung: Nicht frei (29/100)*

*Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.*

### Box 7

#### **Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023**

*Mali experienced a political transition away from authoritarian rule beginning in the early 1990s and gradually built up its democratic institutions for about 20 years. However, the country displayed characteristics of state fragility that eventually contributed to a 2012 military coup and a rebellion in northern Mali that erupted the same year. Though constitutional rule was restored and a peace agreement signed in the north in 2015, insecurity and political tensions persisted in the years that followed, culminating in two military coups in 2020 and 2021.*

*Quelle: <https://freedomhouse.org/country/mali/freedom-world/2023>*

### Kommentar

Im Zuge des 1992 eingeleiteten Demokratisierungsprozesses trat das Land einer Vielzahl internationaler Abkommen zur Achtung der Menschenrechte bei. In Bezug auf die Meinungs- und Pressefreiheit galt Mali dank einer pluralistischen Radio- und Zeitungslandschaft lange als afrikanisches Musterland. Seit dem Militärputsch gegen Präsident Amadou Toumani Touré im März 2012 verschärfte sich die Menschenrechtslage, insbesondere im Norden und später auch im Zentrum des Landes, jedoch dramatisch. Im Zuge der Kämpfe zwischen islamistischen Kräften, den staatlichen Sicherheitskräften und sie unterstützenden Kräften kam es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen und zivilen Opfern. So wurden etwa bei einem französischen Luftschlag im Januar 2021 19 Zivilist:innen und drei Bewaffnete auf einer Hochzeit getötet. Im März 2022 kam es nach Informationen von Human Rights Watch zu Erschießungen von 300 Zivilist:innen durch staatlicher Sicherheitskräfte in Moura; einige der Opfer standen unter Verdacht zu islamistischen Gruppen zu gehören. Islamistische Kämpfer:innen werden wiederum für die Rekrutierung von Kindern und Anschläge auf zivile Ziele verantwortlich gemacht. Die Gewalt gegen Zivilist:innen nahm mit der Präsenz von Wagner Truppen ab Dezember 2021 nochmals zu. Sie übertrafen im ersten Quartal 2022 die zivilen Opferzahlen des gesamten Jahres 2021. Für das Jahr 2022 verzeichnet die Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) alleine 590 Fälle von Gewalt an Zivilist:innen. Im Jahr 2023 wurden (Stand: November 2023) bereits 637 gewaltvolle Vorfälle gegen Zivilist:innen gemeldet.

Des Weiteren findet in ganz Mali weiterhin Menschen- und insbesondere Kinderhandel statt. Sklaverei ist ebenfalls in Teilen des Landes bis heute verbreitet. Frauen werden generell benachteiligt. Laut dem Gender Inequality Index des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (2020) liegt Mali auf Platz 184 von insgesamt 189 Ländern. Weibliche Genitalverstümmelung wird bis heute bei rund 90 Prozent aller Frauen vollzogen. Die Pressefreiheit ist seit 2012 ebenfalls eingeschränkt und es kam vermehrt zu teils gewaltsamen Übergriffen auf Journalist:innen. Die Situation gilt derzeit als so besorgniserregend, dass der UN-Sicherheitsrat, der UN-Menschenrechtsrat, die AU und ECOWAS Menschenrechtsbeobachter:innen nach Mali entsandt haben.

### Innere Lage im Empfängerland

#### Box 8

#### **Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung**

*The democratization process in Mali is perpetually being restarted. Since August 18, 2020, the new transition underway has demonstrated the bankruptcy of the Malian democratic system. The Malian population, which had hoped to see social, economic and security improvements due to democratization, seems disappointed. The political and security reforms necessary in the country have not been implemented.*

*The inability of political actors to find solutions to the population's concerns has led to the deterioration of the socioeconomic situation and has dealt a blow to Mali's national unity. Today's political and security situation hardly differs from that of 2012, with two-thirds of the country's territory still outside the state's control despite the intervention of the international community since 2013.*

*Growing insecurity, increasingly violent attacks committed by terrorist groups present in Mali, the emergence of self-defense groups in the center and intercommunity conflicts all show that the country still needs foreign military support to face the various threats inside its territory. The G-5 Sahel anti-terrorism initiative, which was created by Mauritania, Mali, Niger, Burkina Faso and Chad and is supported financially and technically by France, illustrates that there is some regional will to counter this threat.*

*Implementation of the 2015 peace and reconciliation agreement remains difficult, especially with regard to the process of disarming rebel groups, as well as their cantonment and reintegration. The recommendations produced by the National Inclusive Dialogue, organized in December 2019, have not been implemented. The poor organization of the 2018 presidential elections and the 2020 legislative elections exacerbated the political crisis; the protests that followed helped prompt the military intervention on August 18, 2020, which put an end to the regime of President Ibrahim Boubacar Keïta.*

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

#### **Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)**

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Mali 28 Punkte (2021: 29 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Paraguay und Russland. Deutschland erzielte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022/>

### Spannungen und innere Konflikte

Die Rebellion und Autonomiebestrebungen von Tuareg-Rebell:innen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MNLA) im Norden Malis – u. a. zurückzuführen auf eine mangelnde wirtschaftliche und soziale Integration der Region – mündeten im März 2012 in einen Militärputsch in der Hauptstadt Bamako und dem Sturz von Staatspräsident Amadou Toumani Touré. In der nördlichen Sahel-Wüste hat sich ein Netzwerk fundamentalistischer Islamist:innen entwickelt. Die wesentlichen Gruppierungen sind al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM), die Bewegung für Monotheismus und Jihad in Westafrika (MUJAO) sowie die Schar der Religion. Aus machtpolitischen Interessen kooperieren diese Gruppierungen auch mit Anhänger:innen des so genannten Islamischen Staates (IS). Bei der gewaltsamen Besetzung weiter Landesteile im Jahr 2012 verbündeten sich die Tuareg-Rebell:innen zum gemeinsamen Kampf gegen die malische Regierung zeitweise mit diesen Terrororganisationen. Kurz nach der Eroberung der wichtigsten Städte des Nordens vertrieben die Dschihadist:innen die Tuareg-Rebell:innen, ihre bisherigen Verbündeten, die seit Jahrzehnten einen eigenen, säkularen Staat anstreben. Die Anzahl der Dschihadist:innen betrug 2012 zwar lediglich zwischen 1.000 und 2.000 Personen. Es gelang ihnen aber, von den vielen lokalen Aufständen der Tuareg-Rebell:innen zu profitieren und zudem innerhalb der Aufstandsbewegung ihre säkularen Konkurrenten auszuschalten. Auf diese Weise konnten sie strategisch den Eindruck erwecken, dass die dschihadistische Bewegung in Mali dominiert.

Frankreich intervenierte im Sommer 2013 mit der Opération Serval, welche bis zu 4.500 Soldat:innen umfasste. Die Franzosen wurden dabei von verbündeten afrikanischen Staaten wie dem Tschad unterstützt, der nach Frankreich das größte Truppenkontingent nach Mali entsendet. Von westlichen Staaten, darunter auch Deutschland, wurde die Operation logistisch unterstützt. ECOWAS verlegte bis Februar 2013 bis zu 5.000 Soldat:innen aus neun Ländern nach Mali. Es gelang den französischen Truppen und ihren Verbündeten, die islamistischen Kämpfer:innen zurückzudrängen. Die Angehörigen der drei Islamistengruppen Ansar al-Dine, Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika und Kämpfer:innen von Aqim zogen sich in die unzugänglichen Berge von Adrar des Ifoghas nördlich der malischen Stadt Kidal und unweit der algerischen Grenze zurück. Im Februar 2013 beschloss der Deutsche Bundestag zwei Einsätze der Bundeswehr in Mali: Zum einen eine Beteiligung im Rahmen der EU-geführten Ausbildungsmission (EUTM), die das malische Militär befähigen sollte, die Sicherheit im Land selbst wiederherzustellen, zum anderen (zunächst logistische) Unterstützung für die unter afrikanischer Führung durchgeführte AFISMA (abgelöst durch MINUSMA) Mission. Das deutsche MINUSMA-Mandat umfasst bis zu 1.100 Soldatinnen und Soldaten. Während die deutsche MINUSMA-Präsenz bis 2024 im Land bleiben sollte, wurde die Beteiligung an EUTM im Jahr 2022 zunächst ausgesetzt und anschließend auf mit reduziertem Personal auf die fachliche Beratung auf strategischer Ebene ausgerichtet. Derzeit (Stand: November 2023) wurde EUTM bereits beendet und auf Entscheidung des UN-Sicherheitsrats vom 30. Juni soll auch MINUSMA bis Ende des Jahres beendet werden (mehr hierzu unter [„Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region“](#)).

Nach Aushandlung einer Waffenruhe zwischen Tuareg-Rebell:innen der MNLA, der Tuareg-Dachorganisation Hoher Rat für die Einheit Azawads und der malischen Regierung

unter Vermittlung des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré im Juni 2013 konnten im selben Jahr Präsidentschaft- und Parlamentswahlen durchgeführt werden. Allerdings haben der innerstaatliche Konflikt und die intensiven Kampfhandlungen noch heute weitreichende Folgen: Von den 2013 geflohenen über 500.000 Malier:innen kehrten erst 200.000 Menschen in ihre Heimatorte im Norden des Landes zurück, während die übrigen in den umliegenden Nachbarstaaten oder auf dem Weg nach Europa sind. Die derzeitige Migrationsbewegung resultiert insbesondere aus der weiterhin prekären Sicherheitslage in Mali, die als größtes Rückkehrhemmnis angesehen wird. Auch die religiöse Verfolgung, speziell der christlichen Minderheit, nahm stark zu, obwohl die muslimisch geprägte Gesellschaft Malis bis zum Ausbruch der Rebellion ursprünglich vom Respekt gegenüber Andersgläubigen geprägt war.

Unter Vermittlung von Algerien kam es im Mai und Juni 2015 zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages. Verschiedene malische Tuareg-Rebell:innengruppen des Nordens sind in bewaffneten Dachorganisationen, der Bewegung des Azamad (CMA) und der „Plattform“ zusammengefasst und erkennen mit der vertraglichen Unterzeichnung die Zentralregierung in Bamako offiziell an. Das Friedensabkommen sieht die Beendigung des Tuareg-Aufstandes, den Erhalt der territorialen Integrität Malis, einen Sonderstatus und wirtschaftliche Hilfen für die Nordprovinzen sowie die Aufstellung der Rebell:innen als Sicherheitskräfte in diesen Provinzen vor. Durch den Dezentralisierungsprozess könnten in Mali schrittweise föderale Strukturen implementiert werden. Ob der Vertrag langfristig Frieden bringt, ist fraglich. Die Implementierung des Vertrages stellt sich als äußerst schwierig heraus und wurde durch die Putschversuche der kürzesten Vergangenheit weiter nach hinten geworfen. [Laut Carter Center \(2020\)](#), welches 2017 zum unabhängigen Beobachter in Mali ernannt wurde, gibt es kaum Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensvertrages. Keine der fünf Säulen des Abkommens wurde bislang zufriedenstellend bearbeitet. Auch deckt der Vertrag vornehmlich den Konflikt im nördlichen Teil des Landes ab, nicht aber die zahlreichen, sehr komplexen Konflikte und Gewaltexzesse im Zentrum von Mali.

Die inter- und intraethnische Gewalt in Malis Zentralregionen hat seit 2015/2016 drastisch zugenommen. Während sich die Aufmerksamkeit zwischen 2013 und 2015 stark auf den Norden Malis konzentrierte, eskalierte die bewaffnete Gewalt im Zentrum des Landes, einer Region, die vom Staat lange vernachlässigt wurde. Dschihadistische Gruppen machten sich die dort fehlende Legitimität des Staates zunutze und weiteten ihren Einfluss aus. Als Reaktion auf die Ausbreitung islamistischer Gewaltakteure formierten sich Selbstverteidigungsgruppen. Dschihadist:innen, Selbstverteidigungsgruppen und andere Gewaltakteure, oftmals eng verbunden mit kriminellen Netzwerken, liefern sich seitdem gewaltsame Auseinandersetzungen. Oftmals richtet sich die Gewalt direkt gegen die Zivilbevölkerung und ist entlang ethnischer Linien orientiert (Fulani und Dogon werden gegeneinander ausgespielt). Die Medien berichten von Massenmorden und weitreichenden Sachbeschädigungen.

Die zahlreichen Konflikte im Norden und im Zentrum des Landes wirken sich zunehmend auf die Stabilität des politischen Systems aus. So gründete sich nach den letzten Präsidentschaftswahlen die Protestbewegung M5-RFP, welche den Rücktritt Keïtas forderte. Diese formierte sich aufgrund der weit verbreiteten Korruption und Misswirtschaft im Lande und der sich weiter verschlechternden Sicherheitslage. Tausende Malier:innen

machten von Artikel 121 ihrer Verfassung Gebrauch, der ihnen ein Recht auf "zivilen Ungehorsam" gewährt, wenn die Republik in Gefahr ist. Die Proteste wurden durch den Einsatz von Anti-Terror-Einheiten aufgelöst. Dabei waren etliche Todesopfer auf Seiten der Protestierenden zu beklagen. Im August 2020 nahm das Militär diese Stimmung zum Anlass Präsident Ibrahim Boubacar Keita festzunehmen und die Macht zu übernehmen. Der Putsch wurde in weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt. Für drei Wochen nach dem Putsch lag die Macht ausschließlich in den Händen des Nationalen Komitees zur Errettung des Volkes unter Oberst Assimi Goita. Danach einigte sich eine Versammlung auf 500 Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft und Militär auf eine Übergangsregierung unter Leitung des Militärs. Diese soll das Land für 18 Monate regieren und die nächsten Wahlen vorbereiten. Ende 2020 sank allerdings bereits die Euphorie über die Regierung unter Leitung des Militärs, weil es nicht gelang, die Sicherheitslage zu verbessern oder die Korruption einzudämmen, die auch vor dem Militär nicht haltmacht.

Im Mai 2021 kam es zu einem „Putsch im Putsch“ durch den Oberst Goita erneut die Macht übernahm, welcher von der ECOWAS mit Sanktionen beantwortet wurde. Zur Bekämpfung der Islamist:innen holte das Militär die russische Wagner Truppen ins Land, was zum Zerwürfnis mit Frankreich führte, welches im Jahr 2022 seine Truppen abzog. Angesichts der Sanktionen und der immer weiter eskalierenden Lage setzte Goita nun für das Jahr 2024 freie Wahlen an. Im Juni 2023 trat in Mali eine neue Verfassung in Kraft, die den Präsidenten und das Militär stärkt. Die Verfassung soll von 97 Prozent der Wähler:innen angenommen worden sein, wohingegen die Wahlbeteiligung bei rund 39,4 Prozent lag. Dabei wurde in mehreren Regionen, insbesondere im Norden, allerdings nicht gewählt – auch weil Tuareg-Verbände die Wahl behinderten und die neue Verfassung als Widerspruch zu dem Friedensabkommen von 2015 betrachten.

## **Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region**

### **Geographische Lage**

Mali ist ein Binnenstaat in Westafrika und grenzt an Algerien im Norden, Niger im Osten und im Süden an Burkina Faso, Côte d'Ivoire und Guinea, im Westen an den Senegal und nord-östlich an Mauretanien. Der Norden des Landes erstreckt sich bis tief in die Sahara und ist nur dünn besiedelt. Der Sahelstaat zählt zu den ärmsten Ländern der Welt.

### **Politische Situation in der Region**

Mali liegt in einer politisch sehr angespannten Region. Seit dem Ende der französischen Kolonialherrschaft am 22. September 1960 und der Unabhängigkeit vieler anderer westafrikanischer Staaten von den europäischen Kolonialmächten, haben sich die politischen Strukturen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich entwickelt. Daraus resultieren zahlreiche Bürgerkriege und Revolten in der Region, mit vielen Toten und Verletzten. Neben einer Vielzahl instabiler Regime (bspw. in Niger, Guinea oder Guinea-Bissau) gibt es Staaten wie Togo oder Gambia, die zwar stabil sind, aber seit langer Zeit diktatorisch oder zumindest autoritär regiert werden. Andere Länder der Region – etwa Liberia, Sierra-Leone oder Côte d'Ivoire – haben lange Phasen des Bürgerkrieges hinter sich. Generell gehören viele Länder Westafrikas zu den ärmsten der Welt.

Mali unterhält insbesondere zu Mauretanien und Algerien gute nachbarschaftliche Beziehungen. Dies ist von zentraler Bedeutung für den innerstaatlichen Friedensprozess in Mali und die Bekämpfung terroristischer Netzwerke in der Sahel-Wüste, speziell im Norden Malis.

Die Ausbreitung islamistischer Milizen stellt für die Region gegenwärtig eines der größten Probleme dar. Neben der Expansion von Boko Haram in Nigeria kam es Anfang 2016 zu Terroranschlägen in Burkina Faso, welche durch Al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQIM) verübt wurden. Des Weiteren wurde die Region in jüngerer Vergangenheit von mehreren Staatsstreichern erschüttert. So putschten seit 2021 neben Malis Militär auch im September 2021 Militärs in Guinea, im Januar und im Oktober 2022 in Burkina Faso sowie im Juli 2023 in Niger.

### Grenzkonflikte

Der letzte Grenzkrieg wurde zwischen Mali und Burkina Faso geführt und drehte sich um den sogenannten Agacher-Streifen. Er wurde vom 25. bis 30. Dezember 1985 ausgetragen. Faktisch ging es dabei um vier Dörfer in dem 160 Kilometer langen und 30 Kilometer breiten Wüstenstreifen, in dem reichhaltige Bodenschätze vermutet werden. 1986 wurde Mali dann der nördliche Teil des umstrittenen Gebiets zugeteilt, während Burkina Faso den südlichen erhielt.

Derzeit hat Mali keine ungelösten Grenzkonflikte oder Territorialstreitigkeiten. Es kam jedoch im Mai 2012 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen malischen Dogon Bauern:Bäuerinnen und Fulani Nomad:innen aus Burkina Faso über die Nutzung von Weideland im burkinisch-malischen Grenzgebiet, bei denen rund 25 Menschen starben. Die Auseinandersetzung geht auf die andauernde Konkurrenz um fruchtbares Weideland und Wasserressourcen in der Region zurück.

Generell problematisch ist in Westafrika, dass die Landesgrenzen insbesondere im Wüstengebiet faktisch nicht kontrollierbar sind. So führten vor allem der Libyenkonflikt und das militärische Eingreifen der internationalen Gemeinschaft 2011 dazu, dass viele Kämpfer:innen nach Mali flüchteten und eine Vielzahl gestohlener Waffen dorthin mitnahmen (mehr dazu siehe „[Unerlaubte Wiederausfuhr](#)“).

### Regionale Rüstungskontrolle

In Mali existiert ein nationales Gesetz zur Reglementierung des Transfers von Waffen und Munition, das im Zuge der Implementierung des United Nations Programme of Action to Prevent, Combat and Eradicate the Illicit Trade in SALW in all its Aspects (UNPoA) von 2001 eingeführt wurde. Im Jahre 2006 wurde die ECOWAS Convention on SALW verabschiedet. Das erste Abkommen zur Reglementierung des Imports und Exports von SALW in Westafrika trat 2009 in Kraft und wurde auch von Mali ratifiziert. Damit verständigten sich die ECOWAS-Mitgliedstaaten darauf, die unkontrollierte Verbreitung, Herstellung und den Besitz von Kleinwaffen und leichten Waffen zu kontrollieren, zu regeln und gegebenenfalls zu verbieten. Außerdem umfasst die Konvention Maßnahmen zur Förderung der Transparenz, der Zusammenarbeit und des Austauschs von Informationen zwischen den Mitgliedstaaten. 2013 trat Mali durch die Implementierung der Vertragsartikel in die nationale Gesetzgebung darüber hinaus auch dem Arms Trade Treaty bei.

Formal existiert in der malischen Republik hinsichtlich des privaten Besitzes von Waffen und Munition eine nationale Gesetzgebung. Die Zuständigkeit dafür liegt beim Minister für innere Sicherheit. So ist der außermilitärische Besitz von Kriegswaffen wie voll- und semiautomatischen Gewehren verboten. Der Privatbesitz von Pistolen und Revolvern ist mit Lizenz gestattet, welche ab 18 Jahren nach einer Begründung des Waffenbesitzes und einer Personalüberprüfung erhältlich sind. Der große Schwarzmarkt mit veralteten und gestohlenen Waffensystemen und die zugleich hohe Korruptionsrate vereinfachen jedoch den privaten Zugang zu SALW und Munition.

## Bedrohung von Alliierten

### Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Bis zum Ende des Jahres 2023 waren in Mali verschiedene ausländische Militäreinheiten im Rahmen von Missionen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union stationiert. An der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) beteiligte sich Deutschland bspw. mit etwa 1.100 Soldat:innen. Die Mandatsobergrenze hierfür lag bei 1.400 Soldat:innen. Laut Beschluss der Bundesregierung soll der Einsatz der Bundeswehr in Mali 2024 abgeschlossen sein. Insgesamt sind bzw. waren an der Mission 13.289 Soldat:innen aus 57 Ländern beteiligt (Stand: Oktober 2022). Die rund 1.920 für den Einsatz autorisierten Polizeikräfte der MINUSMA-Mission wurden von 29 Ländern gestellt; Deutschland beteiligte sich hieran mit 20 Polizist:innen.

An der multinationalen Ausbildungsmission der Europäischen Union, EUTM Mali, beteiligten sich insgesamt 22 Nationen. Die Mandatsobergrenze für Deutschland lag hier bei 300 Soldat:innen.

## Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

**Tabelle 12**

### *Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	<a href="http://www.iaea.org">http://www.iaea.org</a>
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	<a href="http://www.icao.int">http://www.icao.int</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

### Kommentar

Mali ist allen wichtigen internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus beigetreten. Dennoch kann der geschwächte Staat das Problem nicht allein lösen. Frankreich unterstützt Mali aktiv im Kampf gegen islamistische Gruppierungen. 2013 schlugen die Franzosen mit ihrer Militäroperation Serval die Aufständischen in Mali zurück. Auch die französische Operation Barkhane, die 2014 auf die Operation Serval folgte, hat unter anderem die Terrorismusbekämpfung zum Ziel.

Die Terrorgefahr in Mali ist derzeit so hoch wie nie. Insbesondere im Norden des Landes sind Sprengstoffanschläge und Raketenangriffe von Islamist:innen auf Zivilist:innen, das malische Militär oder internationale Truppen der UN-Mission MINUSMA gleichermaßen an der Tagesordnung. Als Konsequenz der proportional ansteigenden Anzahl von Angriffen und Anschlägen militanter Islamist:innen auf Truppen und Lager der UN-Mission beschloss der UN-Sicherheitsrat im Juni 2016 die Ausweitung des Einsatzes und ein robustes Mandat, welches auch direkte Einsätze gegen Dschihadist:innen legitimiert. So stieg die Anzahl der eingesetzten Blauhelmsoldat:innen ab Juni 2016 um weitere 2.000 auf 13.300 und die Zahl der entsandten Polizist:innen um 500 auf bis zu 1.920. Bei der zweitverlustreichsten Mission der Vereinten Nationen starben bislang 310 Blauhelm-Soldat:innen (Stand: 31. Oktober 2023). Auf Drängen des aktuellen Militärregimes auf einen Abzug der MINUSMA-Truppen wurde das Ende der Mission zum Jahresende 2023 angekündigt.

Während der Terror sich bis Anfang 2016 vorwiegend auf den Norden des Landes konzentrierte, ist er inzwischen auch in Malis Zentralregionen angekommen (insbesondere die Regionen Mopti und Ségou sind betroffen).

Zu den in Mali aktiven Terrorgruppen gehören unter anderem ISIS in der Großsahara (ISIS-GS) und JNIM (Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin) - die seit 2017 bestehende Dachorganisation, die aus dem Sahara-Zweig von al-Qaida im Islamischen Maghreb, al-Murabitoun, der Macina-Befreiungsfront und Ansar al-Dine besteht. Obwohl ISIS und Al-Qaida in vielen Regionen verfeindet sind, war dies in der Sahel-Region lange nicht der Fall. ISGS und JNIM kooperierten auf taktischer Ebene zum Teil miteinander. Dies änderte sich allerdings im Jahr 2020: der ISGS beschuldigte JNIM keinen richtigen Dschihadismus zu betreiben. Darauf folgten Kämpfe zwischen den beiden Terrororganisationen, etwa im Norden von Burkina Faso. Welche langfristigen Auswirkungen die Revierkämpfe haben werden, bleibt abzuwarten.

Zur koordinierten Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in der Sahelzone verständigten sich 2017 Mauretanien, Burkina Faso, Tschad, Niger und Mali (G-5 Sahel-Länder) auf die Einrichtung einer gemeinsamen Anti-Terror-Einheit. Diese hat das Ziel, den Terrorismus in den Grenzregionen der beteiligten Länder einzudämmen und konnte in der Vergangenheit gewisse Erfolge verzeichnen.

Im August 2022 zog Frankreich den letzten seiner zeitweise bis zu 4.500 Soldat:innen ab, nachdem sich nach der Machtübernahme des Militärs die Beziehungen zwischen beiden Ländern rapide verschlechterte und erstere eine Zusammenarbeit mit der russischen



Wagner begann. Die deutschen Bundeswehr-Kontingente sollen bis Ende 2023 abgezogen werden.

## Internationale Kriminalität

**Tabelle 13**

### *Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung*

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

## Kommentar

Mali hat seit Jahrzehnten Probleme mit Korruption und organisierter Kriminalität. Kokain aus Mittelamerika wird beispielsweise über Westafrika und die Sahel-Zone nach Europa geschmuggelt - Transitland ist dabei oft Mali. Gleiches gilt für Haschisch aus Marokko, das über die Sahel-Zone nach Ägypten und auf die arabische Halbinsel geschmuggelt wird. Nach Schätzungen des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) hat sich seit etwa 2005 der Schmuggel von südamerikanischem Kokain durch Westafrika nach Europa in hohem Maße intensiviert, sodass die Stabilität und Entwicklung der Transitstaaten gefährdet sind. Rund 10 bis 15 Prozent des in Europa konsumierten Kokains sollen über Westafrika nach Europa gelangen, so Schätzungen des UNODC. Der Grund, warum insbesondere Mali ein so beliebtes Transitland für den Drogenhandel ist, liegt darin, dass die Tuareg schon seit vorkolonialen Zeiten viel Erfahrung mit dem Trans-Sahara-Handel haben und sowohl die Region als auch die praktischen Herausforderungen eines solchen Handelsguts kennen. Zudem treibt sie die zunehmende Verknappung ihrer Lebensressourcen etwa durch Dürren in die Arme der Kriminalität.

Im Norden Malis gibt es darüber hinaus ein systematisch betriebenes Entführungsgeschäft. Menschenhandel steht an der Tagesordnung. Generell ist die Kriminalitätsrate seit 2012 angestiegen. Die organisierte Kriminalität sowie der Drogenhandel begünstigen das Erstarken terroristischer Gruppen. So sollen die Gruppierungen im Norden Malis ihre finanzielle Basis maßgeblich dem Drogenhandel und dem Freikaufen von Geiseln verdanken.

Tabelle 14

**Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen**

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	<a href="http://treaties.un.org">http://treaties.un.org</a>

**UN-Berichterstattung**

Im Rahmen des [UN-Waffenregisters](#) reichte Mali nie Informationen ein. Lediglich im Jahr 2006 steht ein Bericht zur Verfügung, der allerdings keinerlei Angaben enthält. Spärliche Informationen liegen daher nur über die Berichte von Handelspartnern vor. Auch im Rahmen des UN-Registers zu [Militärausgaben](#) lieferte Mali bisher keine Daten.

Im Zuge der Ratifizierung des [Arms Trade Treaty](#) im Dezember 2013 gab Mali im Mai 2016 in seinem einzigen eingereichten Jahresbericht Auskunft über die nationalen Transfers von konventionellen Großwaffensystemen (Import von 14 gepanzerten Fahrzeugen aus Frankreich) sowie Klein- und leichten Waffen für das Jahr 2015. Seither wurden keine Berichte mehr eingereicht – auch der Initialbericht wurde bisher nicht vorgelegt. Im Rahmen des [Programme of Action](#) on small arms and light weapons berichtet Mali seit 2003 allerdings regelmäßig, zuletzt im Jahr 2022.

**Unerlaubte Wiederausfuhr**

Die Informationslage bezüglich geltender Waffenexportkontrollen ist unbefriedigend, da nur wenige Informationen über authentifizierte Endverbraucherzertifikate oder Gesetze zu finden sind. Dennoch ist bekannt, dass Waffenhandel in Mali speziell sowie in Westafrika generell weit verbreitet ist, da auch Korruption innergesellschaftlich eine zentrale Rolle spielt.

Waffenschmuggel ist für die in Norden Malis und den umliegenden Nachbarstaaten lebenden Tuareg eine wichtige Einnahmequelle. Dass sie die Sahel-Region gut kennen, das Gelände nur dünn besiedelt ist und die Grenzen zu den umliegenden Staaten porös und nur schwer kontrollierbar sind, kommt ihnen dabei zugute. Faktisch werden viele mali-sche Staatsgrenzen von nicht-staatlichen oder semi-autonomen Gruppierungen kontrolliert, die von Korruption und Grenzschmuggel leben – was die unkontrollierte Proliferation weiter begünstigt. Allerdings ist Mali, ob des langen anhaltenden Konfliktes im Land, in der Regel das Zielland und nicht der Ausgangspunkt für Waffenhandel.

2013 wurde bekannt, dass Libyen trotz eines bestehenden Embargos massenweise Waffen nach Syrien und Mali geliefert hat, darunter Sprengstoff, Munition, Granaten und schwere und leichte Waffen. Dadurch wurde der Konfliktherd in Mali weiter befeuert.

Während des Bürgerkriegs statteten vor allem Frankreich und die Vereinigten Staaten die libyschen Oppositionskräfte im Geheimen mit Kleinwaffen aus. Auch aus dem Golfemirat Katar wurden bereits in der Frühphase des arabischen Frühlings zahlreiche Waffen nach Libyen geliefert. Nach Beendigung der Kampfhandlungen in Libyen blieben die Waffenbestände zunächst unkontrolliert. Unzählige Waffen aus diesen Beständen gelangten dann zusammen mit ehemaligen Tuareg-Söldner:innen nach Mali und wurden dort illegal innerhalb des Landes weiterverkauft. Mittlerweile ist der Sahel überschwemmt mit Waffen, darunter u. a. Kleinwaffen und leichte Waffen, Luftabwehrsysteme, Panzerabwehrraketen sowie Granaten.

Forscher:innen des Small Arms Survey gehen davon aus, dass malische Schmuggler:innen Kleinwaffen und leichte Waffen in wasserdichte Säcke verpacken und per Boot auf dem Niger Fluss transportieren. Insbesondere Nord-Mali gilt als Transitstation für Waffen aus Algerien und Niger. Auch über Kämpfer:innen der Forces Nouvelles, einer Rebell:innengruppe Côte d'Ivoires, sollen illegal Waffen nach Mali gelangt sein, vor allem im Tausch gegen Lebensmittel und andere Konsumgüter. Weitere Waffen kommen aus Niger und Algerien ins Land und auch sudanesishe Waffen wurden in Mali gefunden.

Im Juni 2023 berichtete das UN Regional Centre for Peace and Disarmament in Africa, dass in Gao, Timbuktu und Ménaka AK-Sturmgewehre für rund 750 Dollar erworben werden können. Die Auswahl reicht laut einem [Report des UNODC](#) auch von lokal produzierten Pistolen bis zu französischen und türkischen Maschinengewehren. Viele der angebotenen Waffen stammen demnach aus Libyen. Allerdings sollen Abzweigungen von Waffen aus nationalen Streitkräften (durch Erbeutung auf dem Schlachtfeld, Diebstahl aus Waffenlagern aber auch aufgrund des Verkaufs durch korrupte Militärs) heute eine Hauptquelle für Schusswaffen in den Sahelländern darstellen. Die Erbeutung von Schweren und Leichten Waffen durch Überfälle stellt ein zunehmendes Problem auch in Mali dar.

## Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

### Box 9

#### **Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung**

*This multidimensional crisis has had a negative impact on Mali's economy. The country already figures among the poorest countries in the world, according to the U.N. Human Development Index. Mali has serious socioeconomic difficulties, with a high rate of population growth and high rates of illiteracy and unemployment, especially among the youth. The government has not been able to expand education opportunities for adults, in the secondary and higher education sectors, or in vocational training circles. Non-formal education, which ought to be critical given that two-thirds of adults are illiterate, is not a priority for the government. The informal sector, which occupies a preponderant place in the national economy, alongside the remittances provided by Malians living abroad, is neither protected nor promoted. Corruption among the political elite has also slowed economic growth; none of the mechanisms and institutions created to combat the misappropriation of public funds have proved effective.*

According to official numbers from the national Ministry of Health and Social Development, the outbreak of COVID-19 in Mali was not very severe. As of January 24, 2021, Mali had 7,965 positive cases, 256 deaths, and a total of 5,705 recoveries, but these figures are hardly comparable and are probably incomplete. However, the measures to contain the spread of COVID-19 in the country (closure of borders, state of health emergency, ban on groupings, closure of schools, bars, restaurants and hotels, and curfews) worsened the economic situation. The government has reallocated funds to the health sector and supported the economy as a means of dealing with this crisis. For example, in June 2020 the government announced a program worth €900 million (equivalent to 7% of GDP) to help the economy recover from the effects of the pandemic. This includes €400 million (3% of GDP) in infrastructure investments for the coming years and an extension of tax deferrals. An estimated €200 million (1.5% of GDP) was to be provided as a subsidy for salaries, rents and electricity bills for businesses, with other funding supporting lower taxes on real-estate transactions; the provision of cash vouchers redeemable in bars, restaurants, hotels and retail stores; a reduction in fuel prices; tax refunds for workers; additional employment benefits and subsidies; and various other funds, grants and business support schemes.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

**Tabelle 15**

**Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)**

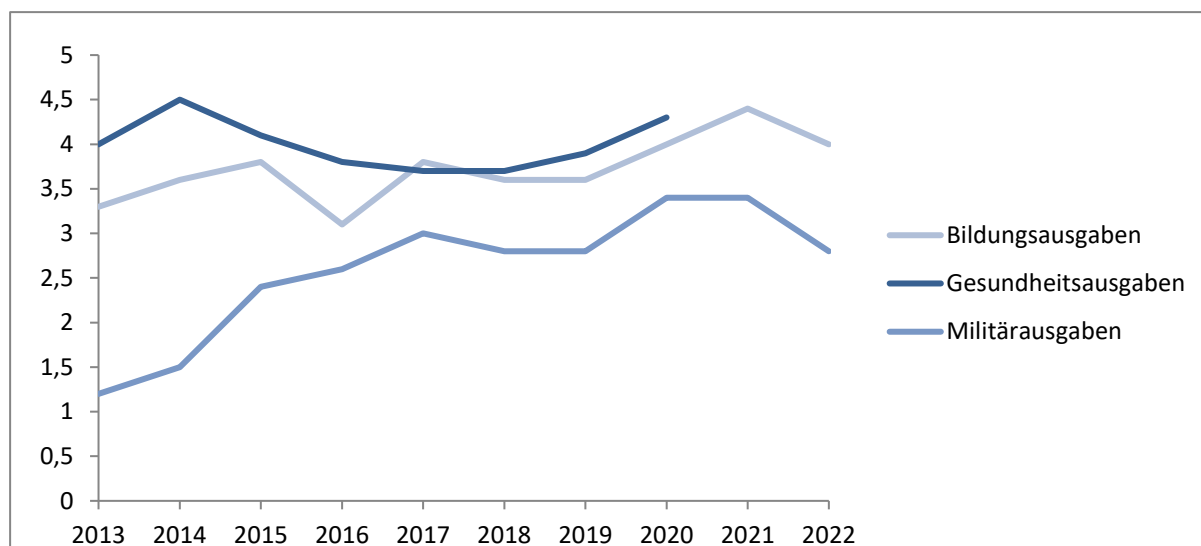
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	496	525	640	653	536
Militärausgaben/BIP	2,8	2,8	3,4	3,4	2,8
Gesundheitsausgaben/BIP	3,7	3,9	4,3	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,6	3,6	4,0	4,4	4,0

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

**Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)**



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 16

**Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe**

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	4326	4604	5009	5834	6460
Anteil am BIP (in Prozent)	28,2	27	29	33,4	33,5
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	806,2	860,29	871,54	815,6	919,61
Net ODA (% of GNI)*	4,83	4,81	4,77	4,54	4,95
Deutsche ODA Zahlungen*	83,16	135,57	119,12	116,09	118,36

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD\*

Tabelle 17

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	96,9	102,2	115,5	126,4	118,3
Index-Platzierung	77	73	62	52	53

Tabelle 18

**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2018	2019	2020	2021	2022
Algerien	Militarisierungswert	184	188,4	193,1	184,5	177,9
	Index-Platzierung	16	16	16	17	18
Burkina Faso	Militarisierungswert	78,6	85,8	83,3	89,5	101,3
	Index-Platzierung	108	97	102	90	76
Côte d'Ivoire	Militarisierungswert	60,8	59,1	59,9	57,7	62,2
	Index-Platzierung	128	129	130	132	121
Guinea	Militarisierungswert	85	79,8	79,1	79,7	90,4
	Index-Platzierung	94	105	105	105	89
Mauretanien	Militarisierungswert	139,8	136,6	142,2	139,9	138,8
	Index-Platzierung	35	42	34	36	33
Niger	Militarisierungswert	78,8	79,5	80,6	75,8	101,4
	Index-Platzierung	106	107	103	108	75
Senegal	Militarisierungswert	97,6	91,9	88,3	94,7	94,4
	Index-Platzierung	76	86	98	87	83

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 19

**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2018	2019	2020	2021	2022
Algerien	Militärausgaben (absolut)	9276	10007	9774	9113	8776
	Militärausgaben/BIP	5,5	6,0	6,7	5,6	4,8
Mauretanien	Militärausgaben (absolut)	172	175	216	231	217
	Militärausgaben/BIP	2,1	2,0	2,4	2,3	2,3
Niger	Militärausgaben (absolut)	240	280	257	202	261
	Militärausgaben/BIP	1,8	1,9	1,7	1,4	1,7
Burkina Faso	Militärausgaben (absolut)	313	399	411	458	554
	Militärausgaben/BIP	1,9	2,2	2,2	2,4	3,1
Senegal	Militärausgaben (absolut)	412	395	366	483	453
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,5	1,4	1,7	1,6
Guinea	Militärausgaben (absolut)	237	224	223	245	351
	Militärausgaben/BIP	1,6	1,5	1,4	1,5	2,0
Côte d'Ivoire	Militärausgaben (absolut)	642	604	656	638	647
	Militärausgaben/BIP	1,1	0,9	1,0	0,9	0,9

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 20

**Human Development Index (HDI)**

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,426	0,430	0,433	0,427	0,428

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: Sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

**Kommentar****Zusammenfassung:**

Mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 850 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2022) gehört Mali nach Weltbank Kategorisierung zu den low-income-economies. Die globalen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie das Ende des Wertzuwachses von Gold führten zu einer Rezession in 2020. Im Jahr 2021 erholte sich das BIP jedoch leicht und wies ein leichtes Wachstum auf. Die seitens der ECOWAS anlässlich des Putsches 2021

verhängten Handelssanktionen wurden Mitte 2022 aufgehoben. So setzte sich der leicht positive Trend auch 2022 weiter fort. Für 2024 erwartet der Internationale Währungsfond ein solides Wachstum von um die 5 %. Mali gehört zur Gruppe der sog. Heavily indebted poor countries (HIPC). Diese sind nach Einschätzung der Weltbank und des IWF nicht in der Lage sich eigenständig zu entschulden und gleichzeitig ihren Bürger:innen notwendige Leistungen bereitzustellen und bekommen daher dabei internationale Unterstützung. Als Least-Developped und Highly Indepeted Country besteht aktuell die akute Gefahr, dass Rüstungsexporte die Entwicklung des Landes in signifikantem Maße negativ beeinflussen und damit Kriterium acht des Gemeinsamen Standpunktes zuwiderlaufen.

### **Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit**

Mit einem Pro-Kopf-Nationaleinkommen von 850 US-Dollar (Atlas Methode; Stand 2022) gehört Mali nach Weltbank Kategorisierung zu den low-income-economies. Mali ist nach wie vor überwiegend ein Agrarland: Die Land- und Forstwirtschaftlichen Malis macht mit 36,4 % (Stand 2022) des BIP den größten Teil der Wirtschaftskraft des Landes aus. Zudem verfügt das im sog. „Goldgürtel“ gelegene Land über einigen Rohstoffen u. a. Erdöl, Erdgas, Kupfer, Diamanten, Salz und Phosphor. Die seit 2012 unsichere politische Lage und die anhaltende Terrorgefahr ließen diese wichtige Einnahmequelle jedoch zunehmend versiegen. Mit rund 29 % macht Kupfer immer noch einen großen Teil der Exporte des Landes aus. Andere Rohstoffe wie etwas Gold (0,8%), machen aber nur noch geringe Anteile aus. Die globalen Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie das Ende des Wertzuwachses von Gold führten zu einer Rezession in 2020 (Wirtschaftswachstum von -1,2 %). Im Jahr 2021 erholte sich das BIP jedoch leicht und wies ein leichtes Wachstum vom 3.1% auf. Die seitens der ECOWAS anlässlich des Putsches 2021 verhängten Handelssanktionen wurden Mitte 2022 aufgehoben. So setzte sich der leicht positive Trend auch 2022 weiter fort (+ 3,7%). Für 2024 erwartet der Internationale Währungsfond ein solides Wachstum von um die 5 %. Auf dem Global Competitiveness Index belegte das Land 2019 den 129. Rang (von 141).

Mit 365,907,600 SDR an ausstehenden Krediten gehört Mali nicht zu den größten Schuldnern gegenüber dem International Währungsfond; angesichts der schwachen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der geringen Staatseinnahmen gehört das Land dennoch zur Gruppe der sog. Heavily indebted poor countries (HIPC). HIPC nehmen an deiner Entschuldungsinitiative der Weltbank und des IWF teil, da hohe Verschuldung extreme Auswirkungen auf die Fähigkeiten eines Landes hat, seinen Bewohner:innen Dienstleistungen wie Gesundheitsvorsorge oder Bildung bereitzustellen. HIPC sind nach Einschätzung der Weltbank und des IWF nicht in der Lage sich eigenständig zu entschulden und gleichzeitig ihren Bürger:innen notwendige Leistungen bereitzustellen und bekommen daher dabei internationale Unterstützung.

### **Soziale Entwicklung**

Mali gehört zu den unterentwickeltsten und ärmsten Ländern weltweit. Im Jahr 2020 belegte es auf dem Human Development Index (HDI) Platz 186 von 191 Staaten. Damit gehört es zu den Ländern mit einer niedrigen menschlichen Entwicklung. Seit 1973 gilt das Land zudem als Least Developed Country (LDC)? Mali ist zu einem recht hohen, wenn



auch nicht übermäßigen Maße von Internationaler Entwicklungshilfe abhängig. Diese machen derzeit (Stand 2021) knapp 8 % der Nationaleinkommens aus. Dies ist deutlich mehr als der Durchschnitt der Länder Sub-Sahara Afrikas (3,3 %), jedoch weit unter den größten ODA-Empfängern wie Afghanistan (32 %, Stand 2021).

Aufgrund der hohen internationalen Aufmerksamkeit konnte Mali in den letzten Jahren Fortschritte in Bezug auf die Erreichung der Sustainable Development Goals verzeichnen. Mit einer Bewertung von 58 Punkte auf dem Ranking des Sustainable Development Reports 2023 liegt Mali etwas über dem Durchschnitt der Länder Subsahara Afrikas (53). Dennoch erreicht das Land damit nur Platz 131 von 166. Insbesondere SDG 1 (no poverty), 2 (no hunger), 3 (good health and well-being) und 4 (quality education) stellen immer noch große Herausforderungen dar. So ist Armut im Land immer noch weit verbreitet. Im Jahr 2018 (neuere Daten sind leider nicht verfügbar) lebten 15,2 % der Bevölkerung unter der international festgesetzten Armutsgrenze von 2,15 US-Dollar pro Tag; etwa 50 % hatten 3,65 und über 80 % weniger als 6,85 US-Dollar pro Tag zu Verfügung.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung weist Mali eine Reihe besorgniserregender Indikatoren auf, darunter unzureichender Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, fehlende Sanitäreinrichtungen sowie mangelndes sauberes Trinkwasser. Unter- und Mangelernährung sind weit verbreitet und die Bevölkerung ist anfällig für schwere Krankheiten wie Malaria oder Cholera. Auch, wenn es über die letzten Jahre gelang die Kinder- und Müttersterblichkeit etwas zu senken, sind diese immer noch WHO-Angaben immer noch unter den höchsten Weltweit. Auch bezüglich des malischen Bildungssystems besteht noch viel Reformbedarf. Schätzungen von UNICEF gehen davon aus, dass über zwei Millionen Kinder zwischen 5 und 17 Jahren nicht zur Schule gehen und über die Hälfte der 15 bis 24-Jährigen weder lesen noch schreiben können. Nur eine Minderheit der Kinder besucht im Anschluss an die Grundschule eine weiterführende Schule. Die Alphabetisierungsrate unter Erwachsenen (15 Jahre und älter) liegt dementsprechend bei nur 30 %.

Mali gehört bereits jetzt zu den stark militarisierten Staaten (Platz 53 auf dem Globalen Militarisierungsindex). Die malische Regierung hat nach der Gewalteskalation 2013 ihre Militärausgaben in deutlich erhöht. Betrug die Militärausgaben 2014 noch 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), stiegen diese zu 2020 auf 3,3 Prozent an. Im Jahr 2020 erreichte das Volumen dieser Ausgaben den Rekordwert von 594 Millionen US-Dollar. Zwar sanken die Militärausgaben zuletzt von 3,4 % des BIP auf 2,8 %; damit gab das Land aber immer noch verhältnismäßig viel (insbesondere im Vergleich zu seinen Gesundheits- bzw. Bildungsausgaben von 4,3 bzw. 4,0 %) für sein Militär aus. Als Least-Developped und Highly Indepeted Country besteht aktuell die akute Gefahr, dass Rüstungsexporte die Entwicklung des Landes in signifikantem Maße negativ beeinflussen und damit Kriterium acht des Gemeinsamen Standpunktes zuwiderlaufen.

bicc \  
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany  
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de  
www.facebook.com/bicc.de  
twitter.com/BICC\_Bonn



---

Direktor  
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER  
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT  
Rolf Alberth  
Stella Hauk  
Fiona Wilshusen  
Paul Rohleder

LAYOUT  
BICC

VERÖFFENTLICHUNG  
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

